

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 318 | 12/23–01/24 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:
ISA  **SLP**
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE Sozialistische Linkspartei



2024: WIDERSTAND VON UNTEN

GEGEN KRISE UND RECHTSRUCK!

AUS DEM INHALT

» **Babler & KPÖ** haben linke Ideen wieder in den Mainstream gebracht. Doch was braucht es, um die Rechten bei den Wahlen 2024 zu stoppen?

Seite 5

» **Heizen** muss ein Grundrecht sein. Warum die Vorstöße der Regierung weder sozial noch klimafreundlich sind – und was es stattdessen braucht.

Seite 4

» 2023 sahen wir so viele Streiks wie schon lange nicht – doch wir brauchen **Urabstimmungen über KV-Abschlüsse**, um unsere Kämpfe selbst zu bestimmen.

Seite 7

**WER
WIR
SIND**



» Vorwärts ist die Zeitung der ISA, der Internationalen Sozialistischen Alternative, vormals SLP (Sozialistische LinksPartei). Seit 1983 erscheint diese inzwischen älteste durchgängig erscheinende sozialistische Zeitung des Landes.

» Der tägliche Wahnsinn des Kapitalismus zeigt: Es braucht eine sozialistische Zeitung – und eine sozialistische Organisation. Überall Krisen: Die Klimakrise erzeugt Extremwetter, Hunger und Flucht, die Wirtschaftskrise Arbeitslosigkeit und Armut. Die Krise des Kapitalismus bringt Krieg und Zerstörung. Die politische Krise stärkt rechte Kräfte. Das kann Angst machen – und erzeugt Widerstand mit Protesten und Arbeitskämpfen. Denn so kann es einfach nicht weitergehen. Es mangelt nicht an der Bereitschaft, sich zu wehren und zu kämpfen. Doch oft mangelt es am Plan, was konkret zu tun ist, am Programm, das einen echten Ausweg aufzeigt.

» Als Sozialist*innen sind wir überall dabei, wo sich Menschen gegen Ungerechtigkeiten wehren und verbinden diese Kämpfe mit einer sozialistischen Perspektive.

» Wir sind aktiv und Teil von Bewegungen gegen Krieg, Bildungsabbau und Rassismus. Mit der sozialistisch feministischen Initiative ROSA führen wir Proteste in frauendominierten Branchen mit dem Widerstand gegen Sexismus und dem Kampf um eine Systemalternative zusammen. Wir bauen als aktive Beschäftigte und kämpferische Betriebsrät*innen

Widerstand am Arbeitsplatz auf und kämpfen für einen Kurswechsel der Gewerkschaften.

» Wir sind international und Teil der "International Socialist Alternative" (ISA), der Organisationen und Parteien in über 30 Ländern auf allen Kontinenten angehören. Wir stehen in den besten Traditionen der österreichischen und internationalen Arbeiter*innenbewegung.

» Wir sind demokratisch und bei uns gibt es keine Privilegien. Wir diskutieren und entscheiden gemeinsam – und setzen dann gemeinsam um. Wir sind vom Establishment, bürgerlichen Parteien und Konzernen unabhängig und unsere Funktionär*innen beziehen maximal ein Durchschnittseinkommen.

» Wir kämpfen für eine sozialistische Gesellschaft, die demokratisch und nach den Bedürfnissen der Menschen organisiert ist. Stalinismus und die SPÖ haben und hatten nichts mit Sozialismus zu tun.

» Mehr über unsere Ideen kannst du in dieser Zeitung lesen. Komm zu unseren Aktionen und Treffen, um mit uns zu diskutieren und selbst aktiv zu werden!

TREFFPUNKTE

GRAZ

Melde dich bei uns, um zu erfahren wann das nächste Treffen stattfindet.

LINZ

jeweils Montag, 18:30 Uhr
Restaurant „Alte Welt“
Hauptplatz 4

SALZBURG

Melde dich bei uns, um zu erfahren wann das nächste Treffen stattfindet.

WIEN

ISA Wien West

jeweils Montag, 18:30 Uhr
Restaurant „Zypresse“
Westbahnstraße 35A

ISA Brigittenau 1

jeweils Mittwoch, 18:30 Uhr
ISA-Büro
Pappenheimgasse 2/1

ISA Brigittenau 2

jeweils Donnerstag, 18:30 Uhr
ISA-Büro
Pappenheimgasse 2/1

Aktuelle Infos unter slp.at/kalender,
Einwahldaten für Online-Treffen
unter slp@slp.at erfragen.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion:

Sozialistische LinksPartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien

Herstellungs- und Verlagsort: Wien

DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U

Abo-Zahlungen & Spenden:

IBAN: AT 25600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

TERMIN DES MONATS

Eine Welt zu gewinnen

Ein voller Tag voller Workshops und Diskussionen über aktuelle politische Fragen und Perspektiven für den Widerstand gegen Rassismus, Sexismus, Queerfeindlichkeit und das System, das der Unterdrückung

zugrundeliegt: den Kapitalismus.

16.12. | ab 10:00

Amerlinghaus | Stiftgasse 8, 1070 Wien

Programm unter: slp.at

Anmelde unter: slp@slp.at

2023 war nur der Anfang: im Schlechten wie im Guten

von Jan Millonig

Spätestens 2023 wurde klar, dass wir uns in einem Teufelskreis der Zuspitzung globaler Krisen befinden. Man hat das Gefühl, dass die Regierungen dieser Welt mittlerweile nicht einmal mehr so tun, als würden sie an einer Lösung arbeiten.

Der Krieg im Gazastreifen zeigt hier sowohl das Grauen einer Logik der Unterdrückung als auch die absolute Unfähigkeit der Herrschenden so eine Situation zu lösen (mehr dazu im Schwerpunkt ab S. 9). Gerade internationale Institutionen wie die UNO erweisen sich als nutzloser denn je (siehe S. 15). Davon unbeirrt protestierten Millionen weltweit, um ihre Solidarität zu zeigen. Zu ihnen zählte auch Greta Thunberg. Die Empörung darüber in Teilen der Klimabewegung reflektiert eine Krise der politischen Perspektive der Bewegung. Erfreulicherweise werden jedoch die Stimmen, die einen grundlegenden Systemwechsel für nötig halten, lauter – wie sich am Erfolg von Kohei Saitos Buch „Systemsturz“ zeigt (S.14). In der Praxis muss es uns gelingen, diesen Kampf mit dem Kampf für soziale Gerechtigkeit, etwa beim Thema Heizen, zu verbinden (S. 4).

Gleichzeitig blieb Gewalt an Frauen und LGBTQIA+ auch 2023 ein zentrales Thema. Eine neue #metoo-Welle, Lindemann, Femizide (S.8, S.17) und ein regelrechter Krieg gegen Trans-Personen (u.a. in den USA) alarmierten eine ganze Schicht an jungen Frauen und LGBTQIA+. Dahingehend waren die feministischen Streiks in der Schweiz (wir berichteten im Sommer) und Island besonders beeindruckend. Wie so etwas auch anderenorts bzw. in Österreich aufgebaut werden kann, schreiben wir auf Seite 7.

Tatsächlich war 2023 in Österreich bereits von Streiks der frauendominierten Care-Sektoren geprägt – mit Protesten und Streiks in Schulen,

sowie in der Elementar- und der Freizeitpädagogik. Insgesamt sind Streiks keine Seltenheit mehr. Die Metaller*innen hatten ihren größten Streik seit Jahren (S.8) und der Handel ist in seinen ersten Streik seit Jahrzehnten getreten. Im privaten Sozialbereich hat es sogar vereinzelt wilde Streiks gegen das Ergebnis der Lohnverhandlungen gegeben. Deshalb kämpfen ISA-Aktivist*innen in den Betrieben für eine Urabstimmung über Verhandlungsergebnisse, um der Gewerkschaftsführung die Möglichkeit zu nehmen, Kämpfe von oben abzuwürgen (S.6).

Klar ist: 2024 wird noch mehr von dem bringen, was 2023 brachte: eine weitere Stärkung der Rechten in vielen Ländern (Analyse dazu auf S. 16), aber auch gesellschaftliche Polarisierung und Chancen für linke Ideen. Diese haben in Österreich 2023 mit Babler und KPÖ die Schallmauer durchbrochen. Können sie Schwarz-Blau aufhalten? Langfristig nur, wenn sie mit kapitalistischer Sachzwang-Logik und Stellvertreter*innen-Politik brechen, und bereit sind Rassismus und Frauenunterdrückung den Kampf anzusagen (S.5) – und nicht, indem sie diese Fragen ignorieren oder sich gar nach Rechts anbiedern wie Sahra Wagenknecht (S.13.)

Die bürgerliche Demokratie steckt in einer tiefen Krise. Wir werden dem Abbau unserer Rechte nur durch Widerstand von unten und letztlich durch eine grundlegende Alternative zu diesem System aufhalten – diese Lehre zeigte sich bei zahlreichen Massenbewegungen der letzten Jahre (S.18). Dafür brauchen wir eine internationale sozialistische Organisation. Die ISA versucht diese aufzubauen – z.B. in Mexiko (S. 17) und mit dir!



Heizen darf kein Luxus sein!

von Stefan Brandl

Wie jeden Winter stellt sich für viele Menschen wieder die Frage, wie sie sich das Heizen leisten sollen. Im Rahmen der Wirtschaftskrise sind besonders Strom- und Gaspreise überproportional gestiegen. In Österreich und in Deutschland gibt es mittlerweile Gesetze, dass ab 2024 keine Heizungen mit fossilen Brennstoffen in Neubauten installiert werden dürfen. Niemand wird zum Wechseln „verpflichtet“. Die Kosten für die Anschaffung sollen in Österreich laut Gesetzesvorlage im Durchschnitt bis zu drei Viertel subventioniert werden.

„Gefördert“ werden nur Gewinne, nicht das Wohnen

Was auf den ersten Blick wie eine gute Unterstützung seitens des Staates klingt, ist bei genauerer Betrachtung nur eine Gewinngarantie für die Energie- und Bauindustrie. Durch Gelder vom Staat werden Steuern direkt in Gewinne von Konzerne gepumpt. Wer bereits in den letzten Jahren eine neue Heizung anschaffen wollte, wird wissen, wie übertoll die Wartelisten dafür sind. Wer wie die meisten in einer gemieteten Wohnung lebt, kann so oder so nicht darüber entscheiden, mit welcher Infrastruktur geheizt wird. Alle anderen

bleiben trotz Förderung auf mehreren tausenden Euro Kosten sitzen.

Diese Förderung fürs Kapital wird uns dann als „grüne Investition“ verkauft. Der Schaden durch den Klimawandel und die Abhängigkeit von russisch/ukrainischem Gas wird damit auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt.

**Klima und Soziales:
Zwei Seiten einer Medaille**

Entgegen der Propaganda der Herrschenden sind Klimafragen und Themen wie Heizkosten oder Wohnen kein Gegensatzpaar, sondern bedingen sich gegenseitig. Staatlich subventionierter Ausbau von der Förderung und Nutzung von erneuerbaren Energien würde nicht nur die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen (und damit verbundene Umwelt-, Lager- und Lieferkettenprobleme) reduzieren, sondern gleichzeitig auch die Kosten für Wirtschaft und Privathaushalte deutlich verringern.

Energiesicherheit ist ein Grundbedürfnis und kein „nice to have“ für die Wirtschaft. Die letzten Jahre haben die Abhängigkeit von fossilen Energien eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Auch hier wurden die Kosten auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt und Energiekonzerne

konnten Rekordprofite einfahren: Mit 592 Millionen Euro Nettogewinn im ersten Quartal von 2023 (Q4 2022: 855 Millionen) hätte die OMV allein knapp 500.000 Privathaushalten (~3.500 kWh/a) den gesamten jährlichen Stromverbrauch finanzieren können.

Für Energiekonzerne ist es ein Leichtes, „echte“ Preiserhöhungen an Konsument*innen weiter zu geben und zufällig Rekordgewinne zu machen – wir haben ja keine Einsicht in die tatsächlichen Kosten. Für echten Klimaschutz wäre es notwendig, genau diese Gesellschaften in demokratisches Eigentum zu überführen und Zentralheizungen, an denen Dutzende Haushalte hängen, auf den neuesten Stand der Technik zu bringen. Gleichzeitig würden Heizkosten auf ein Minimum reduziert.

Anstatt Millionen in die Förderung von Unternehmen zu stecken, deren Arbeiter*innen sich selbst unmöglich die Heizungen, die sie produzieren, leisten können, muss auch der Bausektor und die Energie-Industrie mitsamt Milliarden-Konzernen, wie der OMV, in demokratische Kontrolle überführt werden, um klimafreundliche Gebäudesanierungen zu gewährleisten und damit Heizungen für alle leistbar und zeitnahe produziert werden können.

KPÖ, Babler: Welche Perspektiven für die Linke?

von Till Ruster

Nachdem Linke über Jahrzehnte, wenn überhaupt, nur mit zugehaltener Nase wählen konnten, schaut es für das Superwahljahr 2024 vielleicht besser aus: Die KPÖ rief sich mit beeindruckenden Wahlerfolgen in Graz und Salzburg in Erinnerung. Das weckt bei vielen Hoffnungen auf weitere Erfolge auch bei bundesweiten Wahlen. Und dann kam noch Babler: Ausgerechnet die SPÖ, die Partei bestenfalls ein „weiter so“ und politischen Stillstand verkörperte, wählte einen selbsterklärten Marxisten an die Spitze. Statt eines erwarteten weiteren Rechtsrucks der SPÖ: ein Linksruck?

Zugpferde alleine ziehen nicht

Elke Kahr, KPÖ Bürgermeisterin in Graz, hat sich als „Kümmerin“ viel Vertrauen aufgebaut. Und beim 1. Mai Fest der KPÖ macht sie selbstverständlich ihre Schichten am Würstelstand, so wie alle anderen auch. Schon damit unterscheidet sie sich von den „Polit-Automaten“ der etablierten Parteien. Nach diesem Modell baut auch die KPÖ in Salzburg ihren Kay-Michael Dankl auf. Ganz ähnlich ist das mit Andreas Babler in Traiskirchen, wo er Bürgermeister ist: Viele Leute wählen wohl eher ihn als die SPÖ.

KPÖ und die Linken in der SPÖ setzen genau auf diesen Effekt: charismatische Personen, „die das schon für uns machen“. Bei aller Achtung für die Leistungen von Babler und vor allem Kahr: das ist eine Abkürzung, die nicht funktionieren wird.

Um die FPÖ und die anderen Parteien der Reichen zu kontern, müssen Arbeiter*innen mobilisiert werden. Ja, auch als Wähler*innen, aber vor allem auch als die Kraft, die ein linkes Programm wirklich erkämpfen kann. Wenn es um linke Sozialpolitik geht, dann geht es auch darum, wie diese finanziert wird. Und wenn es darum geht, den Reichen und den Konzernen

Geld wegzunehmen, dann wehren sich diese mit allen Mitteln. Dann reichen keine parlamentarischen Mehrheiten: Es braucht Druck aus den Betrieben und von der Straße.

Ein linker Wahlkampf muss diese Art von Politik deutlich machen: Es darf keine „wählt uns und wir machen das für Euch“ Kampagne werden. Was bieten SPÖ und KPÖ Beschäftigten in den KV-Konflikten, der Klima- oder der Frauenbewegung und den Kämpfer*innen gegen Rassismus an? Das Programm ist dabei wichtig, aber noch wichtiger ist ein glaubwürdiger

dabei, dass man sich mit Babler um dieselbe Zielgruppe streitet, anstatt sie gemeinsam in Kämpfe zu führen.

Babler geht es aktuell vor allem darum, die Einheit der Partei zu erhalten. Am Parteitag im November suchte er die Aussöhnung mit dem rechten Parteiflügel. Kurz danach wurde unter Bablers Beifall die einzige kämpferische SJ-Bezirksgruppe in Wien aufgelöst, der Führung der SJ-Vorarlberg droht das Gleiche. Beide Strukturen werden von der Strömung „der Funke“ geführt, die große Hoffnungen auf Babler und seine Fans setzte. Statt den alten

Rassismus spaltet, Rassismus ignorieren aber auch

Es gibt eine weitere, wichtige Gemeinsamkeit zwischen SPÖ und KPÖ: Beide verzichten auf einen offensiven Antirassismus. Babler gehörte in der Vergangenheit durchaus zu den positiven Stimmen in der Asyldebatte, davon haben wir aber schon länger nichts mehr gehört. Die KPÖ in Graz weicht dem Thema Rassismus einfach aus, wohl um FPÖ-Wähler*innen nicht abzuschrecken. Damit spielen sie der FPÖ in die Hände: Wenn sie die oft drängendsten Probleme der migrantischen Teile der Klasse ignorieren,

Vorschlag, wie es erkämpft werden kann. Es muss gelingen, diese vielen Aktivist*innen zusammenzubringen, damit sie organisiert und solidarisch miteinander kämpfen können. Diese Organisation ist der Schlüssel!

Welche Linke brauchen wir?

Stattdessen setzt die KPÖ setzt seit Jahren eher auf eine „sozialhelferische“ Politik. Mobilisierungen außerhalb des Wahlkampfes finden nicht statt, es gibt auch keine koordinierte Strategie, in Betrieben kämpferische Basisgruppen aufzubauen oder zentrale Aktivist*innen aus Bewegungen zu gewinnen. Der Fokus auf Wahlarithmetik bedeutet

dann können sie diese auch nicht für andere Themen mobilisieren. Probleme nicht zu beantworten, weil sie nur einen Teil der Klasse akut betreffen, schafft eben keine Einheit. Vielmehr schafft es bei diesem Teil der Klasse den Eindruck, dass sie nicht richtig dazu gehören würden. Rassismus soll uns spalten und das braucht eine offensive Antwort. Es ist aber auch Ausdruck eines falschen Zugangs zu Politik, der versucht, das Spiel der etablierten Parteien mitzuspielen, statt sie herauszufordern.

Parteiapparat und die Gewerkschaftsführung herauszufordern und Privilegien abzuschaffen, hat sich Babler offenbar dem „Weiter so“ verschrieben.

Es gibt tolle Aktivist*innen in beiden Parteien, die noch versuchen SPÖ & KPÖ als Instrumente für den Klassenkampf zu gewinnen. Das würde jedoch letztlich einen kompletten Bruch mit der bisherigen Politik dieser Parteien (nach innen wie nach außen) bedeuten. So ein Bruch kann nur durch starke Bewegungen und Kämpfe gelingen – weswegen wir als ISA unsere Prioritäten auf deren Aufbau konzentrieren, um im Zuge dessen auch den Aufbau einer echten Arbeiter*innenpartei zu ermöglichen.

Wir sagen:

Für Urabstimmungen über wichtige Verhandlungsergebnisse!

von Michael Gehmacher,
Betriebsrat beim Wiener Samariter-
bund- WSD und Mitglied des großen
SWÖ-KV-Verhandlungsteams

Im Sozialbereich und in der Pflege (etwa bei den Kollektivverträgen von Sozialwirtschaft Österreich – SWÖ, Caritas, usw.) ist der Ruf nach einer Urabstimmung laut. Nach dem Abschluss des SWÖ-KVs am 27.11. mit 9,2 % und einigen sonstigen, sehr geringen Verbesserungen, ist der Ruf noch lauter. 27 Kolleg*innen stimmten im großen Verhandlungsteam für, und 16 gegen diesen Abschluss. So viele Gegenstimmen wie schon lange nicht. 9,2% ist zu wenig angesichts der Teuerung der letzten Jahre und der Armutgefährdung der unteren Gehaltsgruppen.



Unser KV, unsere Entscheidung

Die Wut vieler Kolleg*innen befeuert den Ruf nach Urabstimmung. Bereits bei der SWÖ-Betriebsrät*innenkonferenz am 20.11. einigten sich im Vorfeld kämpferische Betriebsrät*innen auf einen gemeinsamen Vorstoß in Richtung Urabstimmung. Viele Betriebsrät*innen und Kolleg*innen schlossen sich an. Die Betriebsrät*innen mussten sich vor Ort das Wort erkämpfen, und fanden bei einem Teil der Kolleg*innen großen Anklang. Bei einer symbolischen Abstimmung („Stimmungsbild“) unterstützten rund und ein Drittel der Kolleg*innen die Initiative.

Nach einem wichtigen Verhandlungsschritt, etwa dem vorläufigen Abschluss eines Kollektivvertrages, sollen die Betroffenen befragt werden. Schließlich geht es um ihr Geld und Streiks oder andere Kampfmaßnahmen sind das persönliche Risiko der betroffenen Kolleg*innen. Eine Urabstimmung stärkt die Verhandler*innen, weil beiden Seiten klar ist, dass das Ergebnis gut sein muss, um bei einer Urabstimmung zu bestehen.

„Handschlagqualität“ schadet oft uns Beschäftigten

Skeptiker*innen der Urabstimmung meinen oft: „Da schaden wir uns selbst, weil wir unsere Autorität untergraben“. So argumentieren die Spitzen der Gewerkschaft und manche Betriebsrät*innen. Dahinter steht eine sozialpartnerschaftliche Denkweise: Wenn Gewerkschafter*innen mit einem Problem zu ihrem „Gegenüber“ in der Wirtschaftskammer gehen und ein „Problem lösen“ können, müssen sie der kapitalistischen Vertretung garantieren können, dass die Vereinbarung hält. Eine spätere Aufkündigung ist unerwünscht.

Manche fürchten sich deshalb davor, nicht mehr am Verhandlungstisch mit den Kapitalvertreter*innen sitzen zu können. So meinte etwa GPA-Vorsitzende Barbara Teiber auf der BR-Konferenz sinngemäß: Wenn die Gewerkschaften mit Urabstimmungen beginnen, können dies ja auch die Unternehmen tun, und dann kriegen wir vielleicht gar nichts mehr durch. Solche

„Argumente“ lösen vor allem Angst bei manchen Betriebsrät*innen aus.

Das Problem dabei: Man darf sich in dieser Logik überhaupt nur an diesen Tisch setzen, wenn man bereit ist einen Kompromiss auf Kosten der betroffenen Kolleg*innen zu machen. Vor dem Hintergrund der Vielzahl der aktuellen kapitalistischen Krisen ist es nämlich in der Regel unmöglich, ohne Mobilisierung und Kampf etwas Gutes für Beschäftigte zu erreichen – also genau jene „Vertrauensbasis“ aufzukündigen, die letztlich nur den Bossen hilft. Manchen Betriebsrät*innen und „kleinen“ Gewerkschaftssekretär*innen mag es bei der Angst, „nicht mehr am Verhandlungstisch“ sitzen zu dürfen, um ein ehrliches Interesse für die Kolleg*innen gehen. Bei den höheren Funktionär*innen geht es aber um Macht und die damit verbundenen Privilegien. Daher wird von ihrer Seite die Idee einer Urabstimmung mit so großer Inbrunst bekämpft. Wir werden an dem Thema dran bleiben: ähnlich wie sich Streiks durchgesetzt haben, wird sich auch die Idee der Urabstimmung durchsetzen.

Gewerkschaften brauchen sozialistischen Feminismus

beide Artikel von Anna Hiermann

Die Lohnverhandlungen und der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen brachten einen heißen Herbst. Ende Oktober streikten die Elementarpädagog*innen und die Freizeitpädagog*innen, danach der Handel – alles stark frauendominierte Berufe. Arbeiten, die überwiegend von Frauen erledigt werden, werden aus unterschiedlichen Gründen schlechter bezahlt, u.a. aufgrund des niedrigeren Ansehens. Außerdem sind die Profite in Bildungs- oder Pflegeeinrichtungen oftmals niedriger als z. B. in der Großindustrie. Das führt zu einer geringeren Bezahlung, obwohl beide der genannten Branchen von höchster Bedeutung für die Gesellschaft sind. Zusätzlich können viele Frauen nicht 40 Stunden pro Woche arbeiten, da sie durch Kindererziehung und Hausarbeit doppelt belastet sind. In vielen frauendominierten Branchen wie dem Handel gibt außerdem es oft nur wenige Vollzeitstellen.



Neben den jährlichen Kollektivvertragsverhandlungen müssen die Gewerkschaften gezielt für allgemein höhere Löhne in frauendominierten Branchen kämpfen. Niedrige Löhne zwingen Frauen nämlich in die wirtschaftliche Abhängigkeit von ihren Partnern. Trennungen sind unter solchen Umständen nur schwer möglich oder die betroffenen Frauen verarmen, vor allem wenn sie Kinder haben. Außerdem braucht es die Sicherstellung hochqualitativer, kostenloser Kinderbetreuung, damit Frauen überhaupt einer Erwerbsarbeit nachgehen können. Um die Doppelbelastung von Care-Arbeit und Lohnarbeit zu verringern, braucht es eine generelle Arbeitszeitverkürzung für alle, damit beide Mütter, wie Väter, ihr jeweils eigenes Einkommen haben und sich

gleichermaßen um ihre Kinder kümmern können. Für die Aufhebung des Gender Pay Gaps ist es notwendig, dass die Hausarbeit und die Erziehung der Kinder nicht mehr alleinige Frauensache ist, sondern ebenso von den Männern und öffentlichen (Bildungs- und Pflege)einrichtungen übernommen wird. Das alles sind Forderungen, die über einzelne Betriebe und Branchen hinausreichen. Trotzdem oder gerade deswegen müssen Gewerkschaften dafür kämpfen – auch in ihrem eigenen Interesse: Denn nur mit einem Programm, das auch die gesellschaftliche Benachteiligung von Frauen bekämpft – und mit konsequentem Kampf gegen Sexismus in Arbeit und Alltag – werden sie sich in frauendominierten Branchen aufbauen können.

8. März zum Streiktag machen

Der 8. März, der „Internationale Frauentag“, ist ideale Tag für Arbeitskämpfe! Statt Sonntagsreden der ÖGB-Frauen sollte dieser Tag genutzt werden, um verschiedenste Berufssparten auf die Straße zu bringen – und zwar nicht nur die frauendominierten Berufe, sondern ebenso männerdominierte Branchen wie die Metallindustrie. Der Kampf um bessere Lebensbedingungen für Frauen geht nämlich mit einem Kampf generell bessere Arbeitsbedingungen, einem ausfinanzierten Sozial-, Gesundheits-, und Bildungssystem einher. Diese Kämpfe sind für uns alle

von Bedeutung, auch für Männer.

Anstatt der kleineren Einzelproteste, die alle Jahre wieder von der Gewerkschaft organisiert werden, braucht es große, branchenübergreifende Streiks. Gerade bei der oftmaligen zeitlichen Nähe der Proteste, wie es im Fall der Elementar-, und Freizeitpädagogik, sowie bei den Metaller*innen und dem Handel, der Fall ist, ist gleichzeitiger Streik naheliegend.

Forderungen, wie z. B. ausreichende Kinderbetreuungsplätze oder für Kampagnen gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz können wichtige

Brücken für solche Kämpfe herstellen. Dass solche feministischen Forderungen branchenübergreifende Streiks ermöglichen, haben Arbeiter*innen in Deutschland und der Schweiz in den letzten Jahren gezeigt. Die 1,4 Millionen Gewerkschaftsmitglieder bieten eine enorme Kampfkraft, die jedoch von der Gewerkschaftsspitze gedämpft wird. Daher muss sich die Gewerkschaftsbasis auf die Beine stellen und ihre Führung unter Druck setzen und selbst branchenübergreifende Proteste organisieren.

ROSA am Tag gegen gender- basierte Gewalt

von Sebastian Wieser und Fjorm Eirllys

Nur wenige Tage vor dem 25.11., dem internationalen Tag gegen genderbasierte Gewalt, kam es zum 26. Femizid in Österreich in diesem Jahr. Im Jahr 2022 wurden laut der UNO weltweit fast 89.000 Frauen und Mädchen ermordet – innerhalb der letzten 20 Jahre war diese Zahl nie höher. Das blutige Massaker in Gaza hat in den letzten Monaten über 15.000 Palästinenser*innen das Leben gekostet, 2/3 von ihnen Frauen und Kinder. Der diesjährige 25.11. stand unter dem Vorzeichen dieser alarmierenden Situation, gegenüber der die österreichische Bundesregierung weiterhin untätig bleibt.

Deswegen rief ROSA am 25.11. unter dem klaren Motto „das ganze System ist schuldig“ zu Protesten und Aktionen in Wien, Linz und Salzburg auf. Angriffe auf Abtreibungsrechte,



queere Rechte, insbesondere auf Transpersonen, sind Formen von staatlicher Gewalt. Dazu zählt auch systematische Armut, die es Frauen erschwert, gewalttätige Partner zu verlassen.

Diesbezüglich machte auch ROSA-Aktivistin Chrissi in Linz bei der Demo des Bündnisses DIY deutlich: *“Der Kapitalismus braucht Geschlechterrollen, um zu funktionieren. Queere Personen werden beschuldigt, das traditionelle Familienbild zu zerstören. Das System braucht es, um die mehrfache Ausbeutung von Frauen und ihre unbezahlte Arbeit zu rechtfertigen.”*

Der 25. November ist ein symbolischer Tag, an dem wir unsere Wut und Trauer auf die Straße tragen, um zu zeigen: wir kämpfen an 365 Tagen im Jahr weiter und organisieren uns, um “Ni una menos” und “Woman Life Freedom” Wirklichkeit werden zu lassen. Mit den Worten von Keshet, ISA- und ROSA-Aktivistin aus Israel, die über den notwendigen gemeinsamen Kampf der israelischen und palästinensischen Arbeiter*innenklasse gegen Krieg und Besatzung sprach: *“Dieser Kampf ist ein Kampf für die Befreiung von geschlechtsspezifischer Gewalt, von Armut, von Ausbeutung am Arbeitsplatz, von Unterdrückung. Für die Befreiung vom Kapitalismus”.*

ISA bei den Metaller*innen-Streiks

Den ganzen November über sahen wir Betriebsversammlungen, Streiks, Protestaktionen und Demos im Metallbereich, wie jene von Bosch und Emco in Hallein. Aktivist*innen der ISA besuchten bereits den ersten Warnstreik bei BMW in Steyr (OÖ) Anfang November und überbrachten dem Betriebsratsvorsitzenden unsere Solidarität. Dort sprach er sich sehr für gemeinsame öffentliche Aktionen als nächsten Schritt aus. Genauso waren ISA-Aktivist*innen bei der öffentlichen Betriebsversammlung der Aufzugmonteur*innen auf der Triester Straße in Wien präsent.

Anna Hiermann von der ISA, selbst Elementarpädagogin und auch ROSA-Aktivistin, konnte dort in ihrer

Rede unsere Solidarität übermitteln und erzählte vom riesigen Streik der Wiener Kindergärten im Oktober. Sie stellte auch die Frage: *“Welche Kampfkraft hätten wir, wenn wir gemeinsam streiken würden, auch mit anderen Branchen, wie dem Handel?”* Diese Überlegung bestätigte sich dann auch mit den Streiks im Handel einen Monat später, die genau dann starteten, als die Gewerkschaftsführung im Metallbereich einen faulen Kompromiss akzeptierte: Mit 8,6% liegt das Ergebnis unter der rollierenden Inflation. Zeitgleiche Streiks hätten einen weit höheren Druck erzeugt und die Kampfkraft im Handel und im Metallbereich erhöht!



VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 318 | 12/23-01/24

SCHWERPUNKT

ISA 
INTERNATIONALE SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE



ISRAEL / PALÄSTINA:

SOZIALISMUS ODER BARBAREI

Seit dem 7. Oktober blickt die Welt entsetzt auf eine furchterregende und blutige Eskalation in der Region Israel-Palästina. Den Hintergrund bildeten in den letzten Monaten die zunehmende nationale Unterdrückung der Palästinenser*innen, Gewalt von Siedlern und Staat, schleichende ethnische Säuberungen. Der verabscheuungswürdige Angriff der Hamas im Süden Israels tötete 1.200 Menschen, Hunderte wurden verletzt, vergewaltigt oder als Geisel genommen. Die Opfer sind in überwältigender Anzahl Zivilist*innen: Arbeiter*innen, Friedensaktivist*innen, Kinder.

Als Reaktion darauf startete die rechtsextreme israelische Regierung einen Rachefeldzug der israelischen Militärmaschine, der Tod, Leid und Trauer über Millionen belagerter und verarmter Palästinenser*innen im

Gaza-Streifen brachte. Zum Zeitpunkt des Schreibens wurden bereits weit über 15.000 Palästinenser getötet, und rund 1,5 Millionen mussten innerhalb des Streifens fliehen. Die fast vollständige Blockade als brutale kollektive Bestrafung bedeutet, dass Nahrung, sauberes Wasser, Medizin und Treibstoff knapp sind oder in einigen Gebieten völlig fehlen. Treibstoffmangel und Schäden durch die Bombenangriffe zwangen mehrere Krankenhäuser zur Schließung. Seit Beginn der Bombardierung Gazas wurden mehr als 200 Beschäftigte des Gesundheitssystems getötet, das angesichts der humanitären Krise und massiven Bombardements kollabiert.

Millionen von Menschen weltweit sind geschockt und bewegt zugleich. Weltweit gehen Hunderttausende gegen den Massenmord in Gaza auf

die Straße, aber auch in Israel ist die Regierung immer mehr unter Druck: Sie hat gezeigt, dass ihr Kriegstreiberei wichtiger ist als das Leben der Geiseln und die Sicherheit der der Bevölkerung.

Die ISA steht in Solidarität mit den Tausenden von Opfern, Vertriebenen und trauernden Arbeitern und Armen auf beiden Seiten des Zauns. In der Region und international unterstützen wir den Kampf gegen den Krieg und die Besatzung, die von dem israelischen Staat ausgehen, und stellen uns dabei klar gegen die Ideologie und Methoden von Hamas & Co, welche die blutige Spaltung nur vertiefen. Doch wie sehen sozialistische Analysen und Auswege aus dieser Katastrophe genauer aus? Dies diskutieren wir in diesem Vorwärts-Schwerpunkt.

Foto: .IDF Spokesperson's Unit / CC BY-SA 3.0

Angesichts von Blutbad und Trauer – Kampf für einen echten Ausweg aufbauen!

Der 7.10. kam nicht aus dem Nichts – das neue Level an Brutalität in der Region hängt mit einer Reihe an Krisen zusammen. Diese haben ihre gemeinsame Wurzel im kapitalistischen System und den Unterdrückungsformen, die es hervorbringt.

von Yasmin Morag, Sozialistin aus Israel/Palästina

Der reaktionäre Angriff der Hamas-Kräfte am 7.10. traf das israelische Regime völlig unvorbereitet. Die stärkste Militärmacht der Region und Netanyahu – der genau mit Versprechen von Stabilität und Sicherheit (wenn auch mit knapper Mehrheit) gewählt wurde, wurden beide als unfähig entlarvt, Stabilität oder Sicherheit zu bieten. Diese Demütigung trieb das israelische Regime dazu, verzweifelt zu versuchen, etwas von seinem Prestige zu retten – auch auf die Gefahr hin, einen regionalen Krieg auszulösen.

Hintergrund: Multiple Krisen und Unterdrückung

Diese schwere Kriegskrise kommt zu der tiefsten sozialen, wirtschaftlichen und politischen Krise hinzu, die der israelische Staat je erlebt hat. Auf dieser Grundlage hat die Eskalation eine tiefe Vertrauenskrise in die Regierung und staatliche Institutionen ausgelöst – eine Umfrage zeigte, dass 90% der Bevölkerung denkt, die Regierung sollte zurücktreten. Diese Eskalation stellt auch die Illusion in Frage, dass die Besatzungs-, Belagerungs- und „Konfliktmanagement“-Politik des israelischen Regimes Sicherheit und Wohlergehen für die Massen gewährleisten kann. Der tiefe Schock und Entsetzen als Reaktion auf den Angriff vom 7.10. stoppte zwar vorübergehend die massive Bewegung gegen Netanyahus Justizreform, die monatelang wöchentlich Hunderttausende auf die Straße brachte – Seit dem 7.10. formiert sich die Bewegung jedoch allmählich neu.

Im Kontext wachsender Instabilität und Krise gab Netanyahus Allianz mit den toxischen Siedler-Rechtsextremen volle Unterstützung für zunehmende ethnische Säuberungen, Siedler- und Militärbrutalität gegen Palästinenser*innen im Westjordanland, beispiellose Provokationen an der Al-Aksa-Moschee und die Intensivierung von Bombardements in Gaza gegeben. Mit der Verschärfung der Belagerung von Gaza und zunehmender Aggression des israelischen Staates (Einschränkungen bei Einreisevisa nach Israel zur Arbeit, mehr Blockaden und Beschränkungen beim Einlass von Hilfe, Energie- und Wasserversorgung) sind die Lebensbedingungen innerhalb des Streifens in den letzten Jahren buchstäblich unerträglich geworden.

Als Reaktion darauf hat auch der Widerstand zugenommen – einschließlich des Großen Marsches der Rückkehr in 2018–2019 und des historischen Würdestreiks 2021. In der täglichen Realität von Armut, Enteignung und nationaler Unterdrückung bricht massiver Zorn an die Oberfläche. Im Westjordanland ist die Geduld mit der Kollaboration der Palästinensischen Autonomiebehörde mit dem israelischen Staat zu Ende gegangen. Das spiegelte sich im November in den Protesten gegen die Bombardierung des Al-Ahli-Krankenhauses in Gaza wider, die den Rücktritt von Abbas forderten. In diesem Kontext war es der Hamas möglich, sich als eine Alternative darzustellen, die in der Lage ist, für Befreiung und Gerechtigkeit für die Palästinenser*innen zu kämpfen. Es sind die zunehmende

Aggression und die schrecklichen Lebensbedingungen, welche einige, begrenzte, Unterstützung für die Hamas hervorbringen. Dieser brutale Angriff auf Gaza versucht nun, genau die Bedingungen zu verfestigen, die erst zu dieser Kriegskrise geführt haben.

Geopolitische Heuchelei

Der westliche Imperialismus, insbesondere Biden, unterstützt die Ziele des israelischen Regimes. Der Schlag, der dem israelischen Staat zugefügt wurde, wirft ein schlechtes Licht auf den Einfluss des westlichen Imperialismus in der Region, im Kontext einer zunehmend polarisierten Welt. Tatsächlich waren es gerade die Versuche des US-Imperialismus, seine Interessen in der Region weiter voranzutreiben, die zu dieser Explosion beitragen – der Normalisierungsprozess zwischen Saudi-Arabien und Israel bedeutet für Millionen von Palästinenser*innen in der Region die Normalisierung des Lebens unter nationaler Unterdrückung.



Die von Hamas' Angriff ausgelöste Ereigniskette verkomplizierte die Pläne des US-Imperialismus und des israelischen Kapitalismus – mit Millionen Menschen weltweit, die gegen Israels Vergeltungskrieg protestierten, drehte sich auch der diplomatische Wind. Der König von Jordanien, eines der dem israelischen Staat am nächsten stehenden Regime in der Region, musste nach Massenprotesten ein Treffen mit Biden absagen. Ähnlich rief Macron als erster westlicher Staatschef nach Wochen der Unterstützung des Angriffs auf Gaza zu einem Waffenstillstand auf. Schändlicherweise stimmte Österreich, unter dem heuchlerischen und vorgeschobenen Vorwand der Ablehnung von Antisemitismus, gegen einen humanitären Waffenstillstand in der UN; gemeinsam mit Israel, den USA und nur einer Handvoll anderer Länder. Während sie die brutale Invasion der Ukraine vorantreiben, zeigen Russland und China ihre eigene Sorte der Heuchelei – sie maskieren sich als weltweite Verteidiger des Rechts auf Selbstbestimmung und nationale Befreiung.

Es ist die tiefe Instabilität und eine neue Periode der kapitalistischen Krise, die neue, schreckliche Kriege heraufbeschwört und unglaubliches Leid über die Massen in der Region bringt. Diese Instabilität verstärkt die Ängste der Herrschenden vor Widerstand von unten, legt die Schrecken des Kapitalismus und die wahren Gesichter unserer Herrschenden offen – und treibt breite Schichten in den Kampf. Die gewaltige Kraft der Massen kann eine echte Waffenruhe erzwingen.



Massenproteste und Aktionen wie die Weigerung von Transport- und Hafenarbeiter*innen in Belgien, Spanien und Italien, Waffen nach Israel zu befördern, können den westlichen Imperialismus und den israelischen Staat unter Druck setzen, das Massaker zu stoppen.

Kein Ausweg im Kapitalismus

In der Region existieren jedoch weiterhin alle Bedingungen, um den Boden für die nächste Kriegskrise zu bereiten und den Teufelskreis des Blutvergießens fortzusetzen. Der westliche Imperialismus hegt Fantasien, die PA in Gaza zu installieren und eine Zwei-Staaten-Lösung auf kapitalistischer und imperialistischer Basis voranzutreiben. Aber alle, die mit der Situation vor Ort vertraut sind, einschließlich der PA selbst, wissen, dass dies eine Fantasie bleiben wird.

Eine tiefgreifendere Veränderung ist notwendig – und diese kann nur durch eine massenhafte, populäre Bewegung erreicht werden, die demokratisch von unten durch gewöhnliche Menschen organisiert wird, einschließlich Selbstverteidigung (statt willkürlichen Angriffen auf Zivilisten). Die Keime für diesen Kampf existieren – mit weit verbreiteter Wut gegen die israelische Regierung unter der jüdischen Bevölkerung und mutigeren Bewegungen und Widerstand unter den Palästinenser*innen, wie dem Würdestreik und dem Großen Marsch der Rückkehr. Ein solcher Kampf hat das Potenzial, eine Alternative zu den reaktionären Methoden der Hamas zu bieten und der israelischen Arbeiter*innenklasse die Tür zu öffnen, Schulter an Schulter mit den Palästinenser*innen gegen den israelischen Kapitalismus zu kämpfen. Denn diese kann weder Sicherheit noch ein vernünftiges Leben für Menschen aus beiden nationalen Gruppen bieten. Nur durch einen solchen Kampf gegen den israelischen Kapitalismus können die Grundlagen für Frieden in der Region gelegt und eine sozialistische Gesellschaft geschaffen werden, die echte Gleichheit, Würde und Sicherheit für alle bietet.



Marx Aktuell:

Nationale Frage

von Oliver Giel

Warum kein Frieden in Nahost? Diese einfache Frage führt zu einer komplizierten, der „Nationalen Frage“. Diese bezeichnet die im Zuge der Bildung von kapitalistischen Nationalstaaten aufkommende Unterdrückung von nationalen (sprachlichen, religiösen oder kulturellen) Minderheiten. Im Europa des 19. Jahrhunderts litt darunter vor allem die jüdische Bevölkerung. Als Antwort darauf bildeten sich in ihr drei bedeutende Strömungen: die liberal-konservative (Assimilation in den jeweiligen Nationalstaat), die zionistische (Errichtung eines jüdischen Nationalstaates) und die sozialistisch-internationalistische (Überwindung des Nationalstaates und damit jeder Form nationaler Unterdrückung). Die Assimilation scheiterte am permanenten Antisemitismus, der in der Shoa (Holocaust) gipfelte. Das Versagen und der Verrat von Reformismus (Sozialdemokratie) und Stalinismus angesichts des Faschismus zerstörte das Vertrauen auf einen internationalistischen sozialistischen Ausweg. Übrig blieb der Zionismus: In den 1940ern kam es zur Alija (Massenauswanderung) nach Palästina. Die damalige britische Besatzungsmacht schaffte es, zugewanderte wie einheimische Jüdinnen*Juden und Araber*innen nach ihrer Strategie „Teile und Herrsche“ gegeneinander auszuspielen, was nach ihrem Rückzug 1948 und im Zuge der Staatsgründung Israels zu Massenvertreibung der einheimischen palästinensischen Bevölkerung (Nakba) und zu ihrer systematischen Unterdrückung seither führte.

Der jüdisch-ukrainische Revolutionär Trotzki wies 1937 darauf hin, dass die Errichtung eines jüdischen Nationalstaates unter kapitalistischen und imperialistischen Bedingungen die „nationale Frage“ nicht lösen, sondern verschärfen wird. Seit 75 Jahren sehen wir die blutige Bestätigung. Millionen Menschen wurden vertrieben oder ermordet, jüdische und arabische Menschen in Israel/Palästina und den Nachbarstaaten leben faktisch in permanentem Kriegszustand, aufgrund der Verweigerung des Rechts auf Selbstbestimmung für die Palästinenser*innen. Sozialist*innen verteidigen dieses Recht – Beide Völker haben das Recht auf volle Selbstbestimmung und Sicherheit, aber nichts davon wird Wirklichkeit werden, wenn zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer und darüber hinaus nicht mit den imperialistischen Macht- und Profitinteressen der eigenen Eliten gebrochen wird.



ISA: aktiv gegen Krieg und Unterdrückung – vor Ort und international

von Keshet Zamir,
Sozialistin aus Israel/Palästina

Aktivist*innen von Maavak Sozialisti / Nidal Eshteraki (ISA in Israel/Palästina) nehmen an wöchentlichen Demonstrationen gegen Netanjahus Regime und das Massaker in Gaza teil. Um den Krieg zu beenden und im Zusammenhang mit von den Familien der israelischen Geiseln organisierten Protesten fordern wir einen umfassenden Austausch von Geiseln und Gefangenen. Die Proteste in Israel sind eine Art Fortsetzung der Massenbewegung gegen Netanjahus Regierung und ihre Justizreform.

Das kapitalistische Regime in Israel nutzt den Krieg als Vorwand, um auf dem Rücken der einfachen Leute mehr Profit zu machen, indem es noch mehr soziale Dienstleistungen, Bildung und Gesundheitsversorgung kürzt. Wir fordern, die Rekordgewinne der Banken und die Profite aus diesem Massaker zu nutzen, um Gemeinschaften auf beiden Seiten des Zauns zu entschädigen, wieder aufzubauen und zu rehabilitieren.

Ein entscheidender Teil unserer Arbeit vor Ort in Israel/Palästina ist in dieser Zeit der Kampf gegen die Aggression des israelischen Staates und der Rechtsextremist*innen. Wir verteidigen das Recht zu protestieren und stellen uns gegen die nationalistische Hexenjagd in Betrieben und Universitäten. Aber nicht nur der israelische Staat nutzt die Gelegenheit zur Panikmache. Westliche Regierungen wie die österreichische hetzen ebenfalls gegen

Menschen mit Migrationshintergrund und muslimische Communities. Dabei nutzen sie zynisch Antisemitismusvorwürfe, um Solidarität mit den Palästinenser*innen zu delegitimieren. Dagegen müssen wir uns auch hier stellen, uns in Betrieben, Universitäten und auf der Straße organisieren, gegen Rassismus kämpfen und für das Recht eintreten, die Brutalität des israelischen Regimes abzulehnen.

Internationale Solidarität

ISA-Aktivist*innen auf der ganzen Welt beteiligen sich an Protesten gegen das Massaker in Gaza, da wir die Notwendigkeit eines internationalen Kampfes in Solidarität mit den Bevölkerungen auf beiden Seiten des Zauns verstehen. Wir haben erlebt, wie Massen auf der ganzen Welt ihre Regierungen dazu gedrängt haben, eine Waffenruhe zu fordern. Diese Bewegung auf der ganzen Welt kann auch Palästinenser*innen und Israelis inspirieren, gegen diese Katastrophe vor Ort zu kämpfen. Palästinensische Gewerkschaften riefen z.B. zu internationalen Solidaritätsaktionen und Streiks auf. In Belgien, Italien, dem spanischen Staat und Australien organisierten Arbeiter*innen Aktionen, einschließlich Streiks, gegen Waffenlieferungen an Israel oder den Transfer israelischer Waffen. Die Mobilisierung der Gewerkschaften ist entscheidend, um die Interessen der Arbeiter*innen aller Bevölkerungsgruppen auf beiden Seiten der Grünen Linie zu verteidigen.

Ein sozialistischer Ausweg für die Region

Eine dauerhafte Waffenruhe ist notwendig, um palästinensische Leben zu retten sowie für die Sicherheit in der Region. Sie wird aber die Bedingungen, die zu dieser Eskalation geführt haben, nicht ändern. Wir müssen eine Bewegung im Westjordanland und innerhalb der Grünen Linie aufbauen, einschließlich Protesten und Streiks im Stil des „Würdestreiks“ vom Mai 2021, als Teil eines massenhaften Kampfes, der demokratisch durch gewählte Aktionskomitees organisiert wird. Es geht darum, den israelischen Kapitalismus zu stürzen – basierend auf gleichen Rechten auf Existenz, Selbstbestimmung und ein Leben in Würde, im Kontext eines Kampfes für einen sozialistischen Wandel in der Region.

- » Für die Gründung eines palästinensischen Staates, unabhängig, demokratisch, sozialistisch und mit gleichen Rechten für alle Bürger*innen.
- » Für einen Kampf für Demokratie und einen sozialistischen Wandel in Israel und der Region, mit gleichen Rechten für alle Nationen und Minderheiten.
- » Ja zu zwei Hauptstädten in Jerusalem.
- » Eine gerechte Lösung für die palästinensischen Flüchtlinge, auch in der Diaspora, durch eine Vereinbarung, die das historische Unrecht anerkennt und das Recht derer, die zurückkehren wollen, gewährleistet – und Allen Wohlstand und gleiche Rechte garantiert.

Sahra und die Wagenknechte

von Martina Gergits

Nach langer Androhung hat sich Sahra Wagenknecht nun von der Partei "Die Linke" getrennt und gründete das "Bündnis Sahra Wagenknecht" (BSW). Damit möchte sie im Wahljahr 2024 unter dem Motto „Vernunft und Gerechtigkeit“ antreten, bereits zur EU-Wahl erwartet Wagenknecht ein zweistelliges Ergebnis. Wahr ist, dass die Linke in den letzten Jahren versagt hat, offensive Oppositionspolitik zu machen – aber bietet Wagenknecht wirklich eine Alternative?

Bündnis für das Kapital

Sieht man sich das vorgestellte Programm an, stützt sich die Wirtschaftspolitik vor allem darauf, deutsche Konzerne zu stärken und erinnert an Trumps „America First“-Strategie: „*Massive Investitionen [...] und Förderung innovativer heimischer Unternehmen und Start-Ups*“. BSW inszeniert sich damit als Bündnispartner für das deutsche Kapital, und was von den Profiten abfällt, soll an Leute mit deutschem Pass verteilt werden. Allerdings haben staatliche Subventionen für Unternehmen noch nie zu größerer sozialer Gerechtigkeit oder Vorteilen für die Arbeiter*innenklasse geführt. Noch weniger wird dies in der aktuellen Wirtschaftskrise der Fall sein.

Rassistische Politik als Alternative zur AfD?

Programmatisch ist Wagenknecht damit nach rechts gerückt, im Versuch Wähler*innenstimmen zu gewinnen. So versucht sich BSW sogar als „linke Version“ der AfD zu positionieren: „*Ich wünsche mir, dass wir viele Wähler, die aus Protest für die AfD gestimmt haben, davon überzeugen können, dass unsere Konzepte seriöser sind*“. Tatsächlich hat Wagenknecht Konzepte der AfD übernommen: Sie fiel in den letzten Jahren immer wieder mit rassistischen und sexistischen Aussagen



Foto: Raimond Spekking, CC BY-SA 4.0

auf, beschrieb queere Personen als „scurrile Minderheiten“ und forderte die Kürzung von Sozialleistungen bei Asylbewerber*innen. Sie spielte in diversen Interviews die Thematiken Arbeitsplätze, Löhne, Wohnen, Klima, Sexismus und Rassismus gegeneinander aus. Das ist keine linke Politik. Im BSW-Programm lassen sich dazu keine konkreten Punkte finden, offensichtlich möchte man sich den Vorteil als neue Wahloption offen lassen, in die auch von Links viel hineininterpretiert werden kann.

Sich nicht zu Rassismus, Sexismus zu äußern oder im schlimmsten Fall rassistische Argumentationslinien zu übernehmen, kennen wir bereits von europäischen Sozialdemokratien. Die Idee dahinter ist, den „kleinen Mann“ nicht zu verschrecken und damit Wähler*innenstimmen zu bekommen. Die Annahme, man müsse sich auf den „kleinen Mann“ konzentrieren übersieht dabei einen Großteil der Arbeiter*innenklasse, die sich auch schon in Kämpfen befindet: Frauen, queere Personen und Migrant*innen.

Bewegung von unten aufbauen

Es ist nicht ausgeschlossen, dass BSW zumindest zu Beginn auch Erfolge

einfahren wird. Aber was bringt das, wenn es dann nur eine weitere Variation bürgerlicher Politik ist? Natürlich braucht es auch eine linke Option am Wahlzettel, diese kann aber nur als ein Werkzeug im Kampf gegen Kapital und Unterdrückung funktionieren. Eine echte linke Alternative steht in enger Verbindung zu den aktuellen gewerkschaftlichen Kämpfen und feministischen/antirassistischen Bewegungen. Eine starke linke Politik sieht im Kapital keinen Bündnispartner, sondern in den 99 %, den Vielen. In den Streiks des öffentlichen Dienstes, Kindergärten, Krankenhäusern, den 180.000 neuen Gewerkschaftsmitgliedern. Sie schreibt sich den Kampf für höhere Löhne, leistbaren Wohnraum, Bildung, Gesundheit, auf die Fahne und erkennt, dass dies mit einem gemeinsamen Kampf gegen Rassismus und Sexismus Hand in Hand gehen muss und nicht diesen ausschließt.

Kein Personenkult, kein künstliches Trennen „sozialer“ und „kultureller“ Fragen, keine Übernahme rechter Programmatik – sondern nur der vereinte, organisierte Kampf als Arbeiter*innen, Frauen, queere Personen und Migrant*innen kann echte Verbesserungen erzwingen.

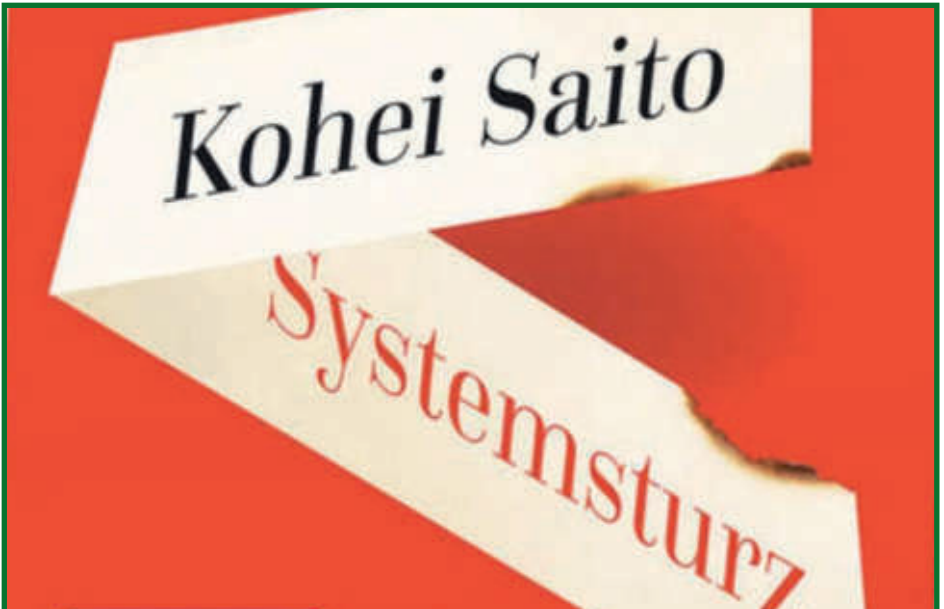
„Systemsturz“ – ohne Arbeiter*innenklasse?

von Celina Brandstötter

Kohei Saitos Bestseller „Systemsturz: Der Sieg der Natur über den Kapitalismus“ erschien ursprünglich 2020 in Japan, die deutsche Veröffentlichung erfolgte dieses Jahr. Saito, Philosoph, Ökosozialist und Mitherausgeber der Marx-Engels-Gesamtausgabe, knüpft an Marx' Ökologie-Verständnis an und formuliert einen Appell für einen „Degrowth-Kommunismus“. Grundlage dafür ist die Verbindung von Marx' „Stoffwechseltheorie“ mit einem „Degrowth“-Ansatz, der sich gegen (quantitatives) wirtschaftliches Wachstum ausspricht.

Marx' Stoffwechseltheorie beschreibt die gesellschaftliche Verbindung zwischen Mensch und Natur. Durch die kapitalistische Produktionsweise kommt es innerhalb dieses Stoffwechsels zu einem Riss („metabolic rift“): Die für ein ständiges Wachstum notwendige Ausbeutung von natürlichen Ressourcen führt zur Zerstörung dieser und somit auch zur Zerstörung der menschlichen Grundlage. Die Folge ist die Zerstörung der menschlichen Grundlage. Damit beschrieb Marx eine gesellschaftliche Realität des Kapitalismus, die 150 Jahre später so akut und aktuell wie nie zuvor ist.

Eine besondere Stärke Saitos Analyse besteht in der Absage jeglicher Hoffnungen auf einen „grünen Kapitalismus“. Ein gezähmter Kapitalismus ist nicht lebensfähig, da er von ständigem Wachstumsstreben und der Ausweitung der Ausbeutung von Arbeitskraft und natürlichen Ressourcen lebt. Ebenfalls einen wichtigen Aspekt in Saitos Argumenten stellt die Kritik an technokratischen Lösungsansätzen für die Klimakrise dar. Technologien werden sowohl innerhalb als auch jenseits des Kapitalismus nicht die alleinige Lösung für die Klimakrise darstellen. Darüber hinaus betont Saito auch richtigerweise ein globales Nord-Süd-Gefälle, Länder aus dem sogenannten



Kohei Saito: Systemsturz: Der Sieg der Natur über den Kapitalismus
Übersetzt aus dem Japanischen von Gregor Wakounig
dtv-Verlag, 2023, 320 Seiten, 25,00€

Info

globalen Süden sind und werden härter durch die Klimakrise betroffen sein.

Konsumkritik oder Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise?

Saitos neue Kontextualisierung von Marx zeigt zwar einige spannende Analyseaspekte auf, letztlich bleibt sie dennoch bei vagen Lösungsansätzen. Das grundsätzliche Potential, das in einigen Ansätzen liegen könnte, verpufft durch eine fehlende Analyse der Rolle der Produzent*innen: Marx' Ausführungen zur zentralen Rolle der Arbeiter*innenklasse werden durch Saito nicht wahrgenommen.

Weder eine individuelle „Selbstbegrenzung“ noch genossenschaftliche Bürger*inneninitiativen, in die Saito seine Hoffnung setzt, werden die kapitalistische Produktionsweise zu Fall bringen können. Saitos eigens angeführte Beispiele für solche Zusammenhänge zeigen dies deutlich auf: Die sozial-ökologische Transformation

in Barcelona durch Ex-Bürgermeisterin Ada Colau konnte sich mittelfristig nicht der bestehenden kapitalistischen Logik entziehen, heute kontrollieren erneut Sozialdemokrati*innen die Stadt.

Auch wenn Saito zu Beginn seines Buchs klare Bezüge zu Marx zieht und er immer wieder eine klare Absage an den Kapitalismus und seine Produktionsweise gestellt, verharret er überwiegend auf der Diskussion von kapitalistischen Konsumnormen, ohne wirklich anzuerkennen, dass Konsumnormen direkt verbunden mit kapitalistischen Produktionsnormen sind. Diese sind klarerweise unnachhaltig und klimaschädlich – Doch nach Marx ist es gerade die Arbeiter*innenklasse, deren ausgebeutete Arbeitskraft zwar jene zerstörerische kapitalistische Produktionsweise antreibt, die jedoch auch die Macht hat, sich durch Klassenkampf ihre Arbeitskraft anzueignen – und in gesellschaftlich nützliche und umweltschonende Produktionsweisen umzulenken.

Die UNO in der Krise

von Severin Berger

- » „Die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“
- » „Die Entwicklung besserer, freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Nationen“
- » „Die internationale Zusammenarbeit, Lösung globaler Probleme und Förderung der Menschenrechte“
- » „Ein Mittelpunkt zu sein, an dem die Nationen diese Ziele gemeinsam verhandeln.“

Das sind die wichtigsten Ziele der Organisation der Vereinten Nationen (United Nations Organization) in ihrem Selbstverständnis. Liest man heutzutage Nachrichten, klingen diese Ziele so utopisch wie schon lange nicht mehr. Obwohl sich die Vereinten Nationen, allen voran deren Generalsekretär António Guterres, bereits seit Anfang des Kriegs in Gaza dagegen ausspricht, hat kaum jemand zugehört oder die Berichte und Weisungen der UNO wahr- oder ernstgenommen.

Paralysiert und Machtlos

Spätestens seit der Eskalation des Ukraine-Kriegs und der damit einhergehenden Konflikte zwischen den großen Playern auf der Weltbühne (USA, China, Russland, EU ...) sehen wir einen „Neuen Kalten Krieg“, der viele der globalen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte zurücknimmt: Neoliberale Globalisierung, Liberalisierung der Beziehungen „Ost-West“, internationale Investments – sie alle sind im Rückgang. Nearshoring, Kriegsdrohungen und nationaler Fokus stehen auf der Tagesordnung.

Die UNO ist dagegen machtlos: Um im Sicherheitsrat einen Beschluss zu fassen, müssen mindestens neun der

fünfzehn Mitgliedsstaaten zustimmen. Ein wichtiger Faktor hierbei ist vor allem das Vetorecht der ständigen Mitglieder USA, China, Russland, Frankreich und Großbritannien. Welche Auswirkungen das in einem so fragilen politischen Kontext hat, sieht man an den Beschlüssen zur „Lage im Nahen Osten, einschließlich der Palästinafrage“ rund um den Krieg in Gaza: Hier legten jeweils entweder die USA oder China und Russland ein Veto ein.

Vereinte Nationen statt Vereinte Menschen

Es steckt eigentlich schon im Namen: die UNO handelt im Interesse von Nationalstaaten, und zwar den einflussreichsten – nicht im Interesse der Weltbevölkerung. Zum Beispiel bekam die US-Regierung 2002 durch den Beschluss 1441 die Grundlage für ihre Rechtfertigung der Invasion des Irak. Immer wieder zeigt sich, dass die UNO als Instrument imperialistischer Mächte dient. So gab die UNO den USA und anderen einen Deckmantel bei der Zerschlagung revolutionärer Bewegungen oder beim Einsetzen neuer, treuer Regierungen in neokolonialen Ländern. Oft sind es auch Sanktionen, welche die Bevölkerungen in neokolonialen Ländern besonders hart treffen.

Um wirklich für die Rechte und das Wohl der Menschheit und Lösung

globaler Probleme zu kämpfen, ist es notwendig, aus der Perspektive der Mehrheit der Bevölkerung, der Perspektive der Arbeiter*innenklasse heraus zu kämpfen – und nicht im Sinne einzelner mächtiger Staaten.

In Zeiten, die so geprägt sind von der Pandemie und ihren Auswirkungen, dem Neuen Kalten Krieg und einem neu ausbrechenden Krieg alle paar Monate, ständiger Inflation und permanenter Krise der Lebenshaltungskosten, sowie nicht zuletzt dem internationalen Aufstieg der Rechten, können wir unser Vertrauen nicht in die setzen, die schon seit Jahrzehnten das Ruder in der Hand halten und uns erst hier hinein gesteuert haben. Wir müssen selbst den Schritt nach vorne wagen und den notwendigen Widerstand in einer internationalen sozialistischen Bewegung von unten gemeinsam organisieren. Es ist dabei wichtig, sich auch für kurzfristige, lokale Verbesserungen einzusetzen. Um den unüberwindbar scheinenden Krisen jedoch wirklich die Stirn bieten zu können, müssen aber selbst diese kleinen Schritte im Kontext einer Herausforderung des ganzen kapitalistischen Systems passieren. Nur mit dem Ziel einer internationalen sozialistischen Alternative zum zerstörerischen Kapitalismus und seinem diplomatischen Schattenboxen können wir für eine echte, globale Demokratie kämpfen.

Info

Dass die UNO nicht im Sinn der Mehrheit der Bevölkerung oder der Menschenrechte handelt, sondern vielmehr am Erhalt des Profitsystems Interesse hat, ist nichts Neues. So war der Völkerbund (die Vorgängerorganisation der UNO) maßgeblich am Aufstieg des Austrofaschismus beteiligt. Der damalige Vertreter des Völkerbunds in Österreich, Meinoud Rost van Tonningen, war eng mit Engelbert Dollfuß vertraut und war begeistert von einem möglichen Ende der

parlamentarischen Demokratie. Er war als Kontrolleur nach der Ausgabe neuer hoher Anleihen an Österreich entsandt worden, um die Rückzahlung dieser zu überwachen. Genau das war auch die Rechtfertigung für ein Unterstützen der Diktatur, denn die enormen Kürzungsmaßnahmen waren auf parlamentarischem Weg nicht gegen den Widerstand der Arbeiter*innenklasse durchzusetzen.



Wahljahr 2024: Widerstand gegen Rechtsruck

von Christoph Glaninger

2024 wird ein Superwahljahr: mit u.a. Wahlen zum Europäischen Parlament, in einer Reihe von ostdeutschen Bundesländern, Indien, Belgien, den USA und auch Österreich. Und in all diesen Ländern droht ein weiterer Rechtsruck. Die Wahlsiege der Rechtspopulisten Geert Wilders in den Niederlande und Javier Milei in Argentinien sind dabei bedrohliche Vorboten. In den USA führt Trump in den meisten Umfragen deutlich, in Thüringen, Sachsen und Brandenburg ist die AfD stärkste Kraft und auch in Österreich führt die FPÖ seit fast einem Jahr alle Umfragen an.

Das ist eine bedrohliche Perspektive: diese rechten Kräfte bedeuten nicht nur auf staatlicher Ebene – mit Verboten des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch, Abschiebungen und rassistischen Gesetzen – eine Gefahr für Migrant*innen, Frauen und queere Personen, sondern geben Rechtsextremen auch die Legitimation für Gewalt auf der Straße. Gleichzeitig sind diese Parteien zutiefst unsozial und bedrohen alle Errungenschaften der Arbeiter*innenbewegung (Javier Milei steht z.B. für massive Kürzungen bei Gesundheit, Bildung und Sozialem). Umso wichtiger ist es für Feminist*innen, Antirassist*innen, Linke und Gewerkschaften zu verstehen, warum die Rechte erstarkt – und was wir dagegen tun können.

Reaktionäre Antworten auf die Krisen des Systems

Überall gewinnen die Rechten, weil sie sich als Opposition gegen das etablierte politische System darstellen können. Sie

profitieren dabei nicht nur von der Krise des Systems – mit Teuerung, Kriegen und Wirtschaftskrise –, sondern auch von Verwirrung im Bewusstsein der Arbeiter*innenklasse. Nach Jahren des Neoliberalismus sind viele Ideen von gemeinsamen Widerstand, Solidarität und Klassenkampf genauso wie politische Massenorganisationen der Arbeiter*innenklasse enorm zurückgeworfen. Es gibt keine großen linken Organisationen, die auf der Straße, in den Betrieben und Parlamenten, die Widerstand aufbauen und hier linke Antworten anbieten. Die Rechten nutzen das und geben reaktionäre Antworten auf die Krise des Systems: nicht die Ausbeutung durch die Bosse sei das Problem, sondern die Rechte von Frauen, LGBTQIA+ und Migrant*innen. Sie kombinieren Sozialpopulismus und Kulturkampf. Diese Analyse ist zentral, um die richtige Antwort zu geben.

Welche Antwort?

Viele liberale Kräfte beantworten den Aufstieg der Rechten mit dem Versuch, alle dagegen zu vereinen. Teilweise führt das zu absurden Konstellationen wie in Ungarn oder in Israel, wo sogar andere rechtsextreme Kräfte in das Bündnis gegen die Rechte in der Regierung integriert werden. Selbst wenn es dadurch gelingt, wie in Polen rechte Kräfte kurzfristig von der Macht zu entfernen, bringt das keine langfristigen Lösungen. Denn die Krise des Systems und eine mangelnde Alternative von Links legt weiter den Boden für ein Wiedererstarken von rechten Kräften – Netanjahu war nach einem kurzen Zwischenspiel mit einer noch rechteren Regierung zurück.

Anderen Kräfte der politischen Linken suchen die Antwort auf rechts im Sozialpopulismus und einem Ausblenden von "schwierigen Themen" wie Rassismus und Sexismus. Das beste Beispiel dafür ist Wagenknecht in Deutschland (siehe S.13). Aber das ignoriert, dass die Rechte eben sehr geschickt ihren Sozialpopulismus mit Kulturkampf verbindet. Bei den bevorstehenden Wahlen in Österreich und anderen Ländern ist es z.B. nicht unwahrscheinlich, dass Rassismus und Hetze gegenüber Geflüchteten ein zentrales Thema wird. Wenn es der Linken nicht gelingt, hier rassistische Vorurteile in der Gesellschaft zurückzudrängen, dann wird sie auch die Wahlen verlieren.

Eine langfristige Antwort auf das Erstarken der Rechten kann es nur geben, wenn Widerstand von unten gegen jede Unterdrückung und Ausbeutung aufgebaut wird. Streiks und Klassenkämpfe gegen Niedriglöhne und Pflegenotstand zeigen, dass wir uns gemeinsam wehren können. Konsequente Kämpfe gegen Rassismus, Sexismus und Queerfeindlichkeit verändern das gesellschaftliche Bewusstsein zu diesen Fragen. Gemeinsam können sie die Grundlage für eine Alternative auf Wahlebene zu den Rechten legen, die dann bei Protesten, Klassenkämpfen und in den Parlamenten linke Antworten auf die Krise des Systems geben kann. Eine solche Alternative braucht jedoch eine systemüberwindende – sozialistische – Perspektive: Im Kapitalismus wird es immer die Basis für rechte Radikalisierung geben. Nur eine Überwindung dieses Systems, das auf Ausbeutung, Konkurrenz und Unterdrückung beruht, zerstört die Grundlage für rechte Kräfte.

International aktiv am 25.11.

von Andrea Gasperlmaier

ISA- und ROSA-Aktivist*innen mobilisierten weltweit für den 25.11., den Tag gegen Gewalt an Frauen und LGBTQIA+, und organisierten Demos und Proteste.

Irland

In Irland zeigten sich ROSA-Aktivist*innen solidarisch mit den Opfern des Kriegs in Gaza. Sie unterstützten eine Demonstration für die Befreiung Palästinas und fordern einen Waffenstillstand. Nach den rechtsextremen, rassistisch motivierten Randalen in Dublin mussten zwei anstehende ROSA-Events abgesagt werden; stattdessen wurde der antirassistische Protest der ICTU (irischer Gewerkschaftsbund) in Solidarität mit den Verletzten und Opfern der Gewalt in der Stadt in der vergangenen Woche unterstützt.

Brasilien

Brasilianische ROSA-Aktivist*innen mobilisierten für den "Tag des Schwarzen Bewusstseins" am 20.11. In mehreren Städten kämpften sie für ein Ende von Polizeigewalt und



Rassismus, für soziale Gerechtigkeit und eine sozialistische Zukunft. Außerdem hielten sie Veranstaltungen in öffentlichen Schulen um mit Schüler*innen, Lehrpersonen und Verwaltungsbeamten über Antirassismusarbeit zu sprechen. Am 25.11 gab es in Santos eine Konferenz und einen Protest gegen genderbasierte Gewalt.

Belgien

ROSA-Aktivist*innen in Belgien organisierten am 25.11 eine große Demonstration gegen genderbasierte Gewalt vor dem Hauptbahnhof Brüssel. Am 26.11 bildeten sie einen sozialistisch-feministischen Block auf einer antifaschistischen Demonstration in Brüssel.

Deutschland

Deutsche ROSA-Aktivist*innen waren am 25.11 in Berlin, Aachen, Hamburg, Köln und Bremen auf der Straße. Sie fordern mehr und flächendeckende, transinklusive Frauenhausplätze und Beratungsangebote für von Gewalt betroffenen Menschen sowie Präventivmaßnahmen und Aufklärung in Schulen, Stadtteilen und am Arbeitsplatz. In Kassel wurde gegen ein Konzert von Till Lindemann mobilisiert, im Zuge der Vorwürfe von Machtmissbrauch und sexuellen Übergriffen. Schließlich wurde das Konzert in Kassel abgesagt.

internationalsocialist.net

Mexiko: die ISA baut sich auf

Ende November organisierte die junge mexikanische Sektion der ISA, Alternativa Socialista (AS), ihre zweite landesweite Konferenz in Mexico City. Die Aktivist*innen arbeiten unter schwierigsten Bedingungen - Gewalt von Kartellen, aber auch seitens des Staates und sogar korrupter Gewerkschaftsbosse gehört in Mexiko zum Alltag. Besonders drastisch ist die Gewalt gegen Frauen: Jeden Tag gibt es 11 Femizide. Deswegen hat AS auch in Mexiko eine ROSA-Plattform gegründet und baut ihre Strukturen auf. Das Beispiel von AS zeigt auf, wie einzelne engagierte Aktivist*innen mit einem sozialistischen Programm sowie

ausreichend Kampfgeist und Ausdauer die Basis für eine aktions- und kampagnenfähige revolutionäre Organisation legen können. So ist AS etwa aktuell in der südöstlichen Stadt Saltillo aktiv im Kampf gegen den Konzern Aguas de Barcelona, der dort das Trinkwasser privatisiert hat. In Mexiko gab es große Hoffnungen in die linke Regierung von Andrés Manuel López Obrador - doch "AMLO" passte sich kapitalistischen Sachzwängen an und rückte nach Rechts. Die breite Enttäuschung über AMLO zeigt die Notwendigkeit einer echten sozialistischen Alternative.

alternativasocialista.org



21. Jahrhundert:

Den Farbrevolutionen fehlt das Rot

von Sebastian Kugler

Nach dem Zusammenbruch des Stalinismus hieß es, der Kapitalismus hätte ein für alle Mal gesiegt und würde von nun an friedlich die Welt demokratisieren. Doch die Realität sah anders aus. Vor allem in den ex-stalinistischen Staaten brachte der Kapitalismus nicht Wohlstand, Demokratie und Frieden, sondern Armut, Korruption und Krieg. Besonders Ex-Jugoslawien wurde in einen Strudel blutiger Konflikte gerissen. Das daraus hervorgehende Regime des serbischen Nationalisten Slobodan Milosevic wurde 2000 durch eine Massenbewegung gestürzt, nachdem er die Wahlen manipuliert hatte. Der Sturz Milosevics gilt als erstes Beispiel für eine Reihe von Bewegungen, die als "Farbrevolutionen" bezeichnet werden. Georgien 2003, Ukraine 2004, Kirgisistan 2005: Überall fielen autoritäre Herrscher durch Bewegungen, die sich an Wahlfälschungen entzündeten.

Massenbewegungen im 21. Jahrhundert

Demokratiopolitische Fragen stellten also den Auslöser der Farbrevolutionen dar, doch drückten sich darin ebenso Wut über Armut und Perspektivlosigkeit aus. Aber wenn der Sturz des Regimes gelang, blieb es bei einem Machtwechsel des politischen Personals – das soziale Elend blieb. In diesem Sinne sind diese Bewegungen der Prototyp der Massenbewegung im frühen 21. Jahrhundert: Bei all ihren Unterschieden gleichen sich die Farbrevolutionen, die Massenbewegungen im Iran 2009, im arabischen Raum 2010–2012, in der Ukraine 2014,

in Hong Kong 2014 und 2019–2020, in Sri Lanka 2022 und viele mehr in diesem fundamentalen Dilemma.

Das liegt vor allem daran, dass diese Bewegungen oft von diffusen Ideen geprägt sind, die ebenso schnell aufgenommen wie verworfen werden – es fehlt eine organisierte antikapitalistische Perspektive. Das erhöht auch die Gefahr, dass sie von imperialistischen Interessen missbraucht werden. Es ist aber falsch, wenn manche Linke diese Massenbewegungen als "ferngesteuert" von USA oder EU bezeichnen: Sie ignorieren dadurch die sozialen Grundlagen der Aufstände und sprechen der Arbeiter*innenklasse jegliche Selbständigkeit ab. Selbstverständlich reagieren z.B. die USA auf solche Bewegungen und versuchen, sie zu instrumentalisieren. Die Bewegungen deswegen jedoch von vornherein als "gekauft" darzustellen, stellt die tatsächlichen Verhältnisse auf den Kopf. Vor allem im "Neuen Kalten Krieg", der aktuellen Periode imperialistischer Zuspitzung, ist das fatal. Letztlich stellt man sich damit auf Seiten der Regime, die selbst mit anderen imperialistischen Blocks wie Russland und China zusammenhängen.

Aufgaben von Sozialist*innen

Sozialist*innen betonen, dass der Kampf um demokratische Rechte und um soziale Verbesserungen nicht getrennt werden können. Kapitalistische Profitinteressen sabotieren jede demokratische Errungenschaft. Echte Demokratie auf politischer Ebene muss zusammen mit Demokratie auf wirtschaftlicher Ebene – also der Entmachtung der Kapitalist*innen

– erkämpft werden. Dass es den neuen Massenbewegungen an so einer Perspektive fehlt, hat einen guten Grund: Die Verbrechen des Stalinismus und die Kapitulation der Sozialdemokratie vor dem Neoliberalismus diskreditierten nicht nur deren jeweilige Verzerrung des Sozialismus – sondern auch echte, demokratische und revolutionäre sozialistische Ideen.

Linke und Sozialist*innen müssen dennoch in diesen Massenbewegungen, die von gerechtfertigter Wut über Autoritarismus, Korruption und Armut getragen werden, aktiv sein und sich als die konsequentesten Kämpfer*innen erweisen. Das bedeutet, sich gegen reaktionäre und pro-imperialistische Kräfte, die die Bewegung kapern wollen, zu stellen; und konkret zu zeigen, wie der Kampf um demokratische Rechte und soziale Verbesserungen gemeinsam geführt werden kann und muss. Voraussetzung dafür ist der Aufbau von politischen Kräften der Arbeiter*innenklasse, die unabhängig von den verschiedenen Fraktionen der Herrschenden sind. Das haben sich die Sektionen der ISA zur Aufgabe gemacht: So schrieben wir bereits zum Sturz von Milosevic: "Eine revolutionär-sozialistische Partei in Serbien würde ein unabhängiges Klassenprogramm vertreten: für demokratische Rechte, Vollbeschäftigung, höhere Löhne und Renten. Dies kann nicht durch die pro-kapitalistische, nationalistische Politik der Oppositionsparteien erreicht werden." In die Bewegung in Hong Kong intervenierten wir z.B. trotz ihrer Illusionen in die USA mit einem Programm, das sich gegen die KP-Diktatur und den westlichen Imperialismus stellte.

- » Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- » Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- » Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- » Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- » Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von Österreicher*innen und Migrant*innen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- » Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- » Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- » Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle.
- » Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- » Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- » Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für Migrant*innen, Gewerkschafter*innen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- » SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine Stellvertreter*innenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für Arbeiter*innen, Arbeitslose & Jugendliche, deren Vertreter*innen keine Privilegien haben.
- » Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der Arbeiter*innenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- » Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- » Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- » Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die Arbeiter*innenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.

Vorwärts-Abo: 30€ | Sozial-Abo: 20€ (für Menschen ohne eigenes Einkommen)

All-Inclusive-Abo: 7€/Monat (Zeitung + alle Publikationen der ISA Österreich)

Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 25600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

**VORWÄRTS
ABONNIEREN!**

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 318 | 12/23–01/24 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:
ISA  **SLP**
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE Sozialistische Linkspartei

GEGEN KRIEG UND UNTERDRÜCKUNG

IN GAZA UND INTERNATIONAL



AUS DEM INHALT

» Bei zahlreichen Wahlen im kommenden Jahr droht ein **internationaler Rechtsruck**. Wie wir ihn bekämpfen können.

Seite 16

» **Sahra Wagenknecht** hat eine Partei gegründet und biedert sich nach Rechts an. Warum das keine Strategie für Linke sein kann

Seite 13

» Der **Krieg in Israel/Palästina** führt zu unbeschreiblichem Leid. Was das Blutvergießen mit dem Kapitalismus zu tun hat – und wie ein sozialistischer Ausweg aussehen kann. **Schwerpunkt**